

Regierung: Gesetz kurz vor der Verabschiedung

Union gibt bei Grundrente nach

Berlin. Nach langem Streit soll der Bundestag bis Ende der Woche die von der großen Koalition geplante Besserstellung niedriger Renten verabschieden. Obwohl die Finanzierung der sogenannten Grundrente noch nicht befriedigend sei, wolle die Union zustimmen, machte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt am Dienstag in Berlin deutlich. Es gehe darum, Sicherheit für die betroffenen Rentner zu schaffen.

Aus diesem Grund akzeptiere man, dass die Finanzierung aus dem Bundeshaushalt komme, solange es keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten gebe, sagte Dobrindt. SPD-Fraktionsvize Katja Mast betonte, die SPD habe Wort gehalten: Die Grundrente werde am Donnerstag im Bundestag beschlossen. Damit könnte auch der Bundesrat am Freitag noch vor der Sommerpause zustimmen.

Start 2021 geplant

Das Gesetz zur Grundrente soll zum 1. Januar 2021 starten. Damit sollen die Renten von rund 1,3 Millionen Menschen mit kleinen Bezügen aufgebessert werden. Die Kosten werden auf 1,3 bis 1,6 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.

In der Union war man verärgert, dass die Grundrente über eine Steuer auf Finanztransaktionen finanziert werden sollte, deren Einführung auf europäischer Ebene aber stockt. Aus der Union war zuletzt auch die Forderung gekommen, das Vorhaben wegen der finanziellen Lasten der Corona-Krise zu verschieben oder auf Eis zu legen. *dpa*



Am Donnerstag soll der Bundestag die neue Regel beschließen. BILD: DPA

Lübcke-Fall: Stephan E. will Stellungnahme abgeben

Erklärung angekündigt

Frankfurt. Im Prozess um die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke hat der mutmaßliche Täter Stephan E. über seine Anwälte eine ausführliche Einlassung angekündigt. Sein Mandant wolle „unmissverständlich klarstellen“, dass er zu einem späteren Zeitpunkt zu den Vorwürfen eine Stellungnahme abgeben werde, sagte Frank Hannig, einer der beiden Verteidiger von Stephan E., am Dienstag in dem Verfahren vor dem Oberlandesgericht Frankfurt. Dazu werde es aber frühestens nach der Sommerpause kommen.

In dem unter hohen Sicherheitsvorkehrungen laufenden Prozess geht es bei der Beweisaufnahme derzeit um Vernehmungsvideos, in denen der deutsche Angeklagte widersprüchliche Angaben zu der Tat machte. Wann sagte Stephan E. die Wahrheit? Im Juni 2019, als er in seiner Vernehmung durch die Polizei gestand, den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke auf der Terrasse seines Wohnhauses erschossen zu haben – oder in der richterlichen Vernehmung im Januar, als er den Tod des Politikers als Versehen schilderte?

Lübcke war im Juni 2019 im Garten seines Wohnhauses erschossen worden. Die Anklage wirft E. rechts-extremistische Motiven vor. *dpa*

Wahlrechtsreform: Rund 40 CDU-Abgeordnete widersetzen sich – und zwingen Fraktionschef Ralph Brinkhaus zum Kompromiss

Löbel löst kleine Revolte aus

Von Walter Serif

Mannheim. Der Bundestag platzt aus allen Nähten. Obwohl die „gesetzliche Mitgliederzahl“ nur 598 beträgt, sitzen gegenwärtig 709 Abgeordnete im Parlament. Doch es könnte schlimmer werden. Thomas Gschwend und Marcel Neunhoeffer von der Universität Mannheim haben die Größe des nächsten Bundestags simuliert. Ihr Ergebnis: Zu 90 Prozent wird die Zahl der Abgeordneten 2021 steigen. Am wahrscheinlichsten sind rund 730, es könnten aber auch 837 werden.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) forderte zwar schon im Januar 2020 die Fraktionen auf, einen Kompromiss für eine Wahlrechtsreform zu finden. Doch der Appell verpuffte. Inzwischen hat der Haushaltsausschuss 50 Millionen Euro für 400 Container-Büros freigegeben. Und die Groko blockiert bisher im Innenausschuss einen Antrag der drei Oppositionsfraktionen Grüne, Linke und FDP, die am Freitag vor der Sommerpause im Bundestag über ihren Reform-Vorschlag abstimmen lassen wollen.

Dieser sieht eine Verringerung der Wahlkreise von 299 auf 250 vor. Er würde auf Kosten von CSU, CDU und SPD gehen, die alle Kapital aus den Überhangmandaten schlagen. Eine Partei darf demnach alle Direktmandate (Erststimme) behalten, selbst wenn sie dadurch mehr Sitze erhält, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen würden.

Die Blockadepolitik in der Groko wurde allerdings aufgebrochen. Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) machte am Sonntag einen Wahlrechtsreform-Vorschlag, löste damit aber in den eigenen Reihen eine kleine Revolte aus. Diese hat der Mannheimer Nikolas Löbel (CDU, kleines Bild) mit ausgelöst.

„Vorschlag schadet Demokratie“

In einem internen Brief bringen sich rund 40 Abgeordnete in Stellung. „Der Vorschlag schadet unserer Demokratie“, kritisiert Löbel. Warum? „Er würde dazu führen, dass Kandidaten von den Bürgern ihres Wahlkreises gewählt würden, aber dennoch nicht in den Bundestag einziehen dürften.“ Mitunterzeichner Olav Gutting (Wahlkreis Bruchsal-Schwetzingen) sekundiert: „Das ist ein Schlag gegen das starke Direktmandat und zudem verfassungsrechtlich riskant.“

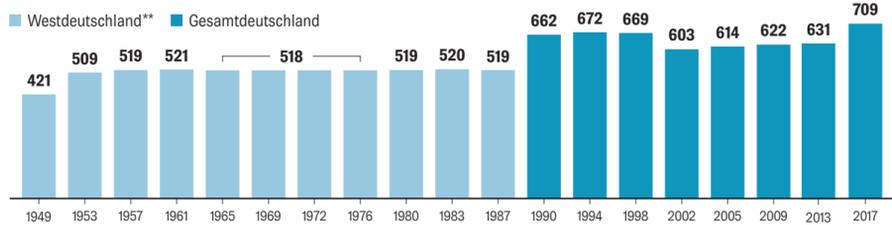
Löbel und Gutting kritisieren in dem Brief, dass das Parlament im nächsten Jahr bis auf 750 Abgeordnete anwachsen könnte. Erst dann soll die Zahl der Mandate gekappt werden. Gutting: „Das geht am Ziel der Reduzierung des Bundestags vorbei.“ Löbel: „Wir brauchen eine vernünftige Reform, die Ausgleichs- und Listenmandate begrenzt und



Viel Platz gibt es im engen Bundestag erst seit den Corona-Abstandsregeln. BILD: DPA/LÖBEL

Wachsender Bundestag

Zahl der Mitglieder des Bundestages*



*direkt nach der Wahl, Ausnahme 1949: Zahl; Berliner Abgeordneter wurde 1952 erhöht; **einschließlich Berliner Abgeordnete

Quelle: Bundeswahlleiter, dpa

eine maßvolle Reduzierung von Wahlkreisen vorsieht.“

Löbels Vorstoß ist nicht ohne Eigennutz, so sieht es jedenfalls Gschwend von der Uni Mannheim. „Der Brinkhaus-Plan sieht ja vor, dass Sieger in engen Wahlkreisen ihr Mandat verlieren, wenn die Kappungsgrenze erreicht würde. Das könnte Löbel sein Mandat kosten.“

Außer Löbel und Gutting unterzeichneten den Brief Karl A. Lamers (Heidelberg), Torbjörn Kartes (Ludwigshafen/Frankenthal) und Johannes Steiniger (Neustadt/Speyer). Das Schreiben löste eine hektische Betriebsamkeit in der Bundestagsfraktion aus. Brinkhaus zauberte einen weiteren Vorschlag aus dem Hut, auf den sich die Unionsfraktion bei ihrer Sitzung am Dienstagabend nach einer langen Diskussion einigte. Der Brief hat also Wirkung ge-

zeigt. Demnach könnten die Wahlkreise bereits 2021 von 299 auf 280 reduziert werden. Außerdem sollen sieben Überhangmandate nicht ausgeglichen werden. „Letzteres halte ich für verfassungsrechtlich bedenklich. Ich glaube auch nicht, dass die Opposition da mitmachen würde“, so Gschwend.

Die Mannheimerin Gökay Akbulut (Linke) kritisiert, dass die CDU/CSU die Debatte monatelang gebremst habe. Dennoch wäre sie bereit, ein Übergangswahlrecht für 2021 zu verabschieden – wenn die Konditionen stimmen. Grünen-Politiker Danyal Bayaz (Bruchsal-Schwetzingen) meint: „Wenn CDU/CSU nicht endlich über ihren Schatten springen, wird die Reform leider scheitern.“ Der Wormser Manuel Höferlin (FDP) drängt zur Eile: „Leider wird das Zeitfenster mit Blick auf

die nächste Wahl immer kleiner. Wir müssen eine weitere Aufblähung des Parlaments verhindern.“

Ob die SPD mitzieht, ist unklar. „Der Vorschlag der Opposition liegt der SPD näher, weil sie unbedingt eine Verkleinerung des Bundestags will“, meint Gschwend. Der SPD-Abgeordnete Lars Castellucci (Rhein-Neckar): „Wir sind geschäfts- und kompromissbereit. An uns scheitert es nicht.“ Das erste Brinkhaus-Modell mit einer Kappungsgrenze von 750 Abgeordneten hätte seinen Worten nach aber keine Chancen gehabt. Jetzt wird es sich in den Verhandlungen der Union mit der SPD zeigen, ob es vor der Sommerpause eine Einigung geben kann. Möglich ist das jetzt, weil die CSU ihren Widerstand gegen weniger Wahlkreise schon für die Bundestagswahl 2021 am Dienstagabend aufgegeben hat.

CDU: Im Rennen um den Parteivorsitz verliert Armin Laschet an Unterstützung / Jens Spahn hält offiziell aber an der gemeinsamen Kandidatur fest

Machtspiele hinter den Kulissen

Von Hagen Strauß

Berlin. Ein Gerücht wabert derzeit durch Berlin – und es betrifft Jens Spahn. Es lautet: Der Bundesgesundheitsminister, der sich in der Corona-Krise stark profiliert hat, werde von einigen Parteifreunden dazu gedrängt, doch noch seinen Hut für den CDU-Vorsitz in den Ring zu werfen. Nach der wochenlangen Corona-Pause wird das Kandidatennenrennen um die Nachfolge von Annegret Kramp-Karrenbauer plötzlich wieder spannend. Spahn kennt das Gerücht. Und wer wiederum ihn kennt, der weiß, dass es ihm gefällt.

Darauf angesprochen meinte er kürzlich allerdings, die Teamlösung mit Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidenten Armin Laschet habe Bestand: „Das ist so.“ Demnach soll Laschet im Dezember Parteivorsitzender werden, Spahn dann sein Stellvertreter. So der Plan der beiden

Männer aus NRW. Doch der Düsseldorfer Regierungschef schwächelt. Nach dem Corona-Ausbruch beim Schlachtkonzern Tönnies und dem Lockdown in den Kreisen Gütersloh und Warendorf steht sein Krisenmanagement in der Kritik. Er, der sich frühzeitig für Lockerungen eingesetzt hat, musste nach einigen Tagen des Zögerns doch die Notbremse ziehen. In der Union sprechen sie inzwischen von „keinem guten Bild“, das Laschet abgeben. Speziell kommunikativ seien manche seiner Auftritte misslungen. Schon wird gefragt, ob er CDU-Chef und damit Kanzler kann.

Zurück in die Offensive

Wohin solche Debatten führen können, hat Noch-Parteichefin Kramp-Karrenbauer erleben müssen. Es waren genau die Zweifel an ihrer Eignung, gestreut aus den eigenen Reihen, die sie müde gemacht haben.

Schließlich kündigte AKK im Februar ihren Rückzug vom Vorsitz und ihren Verzicht auf die Kanzlerkandidatur an. Manch einer in der Union hat schon sein eigenes Szenario entworfen: Demnach könnte Laschet mit der Begründung zurückstecken, er

habe in NRW genug zu tun bei der Bewältigung der Corona-Krise. Das würde aber auch seinen Traum von der Kanzlerkandidatur platzen lassen. Der Weg für Spahn, sich doch noch um den Vorsitz zu bewerben, wäre dann frei. Gleichwohl müsste der Rollentausch einvernehmlich geschehen, damit die CDU nicht Schaden nimmt.

Jedenfalls glauben Beobachter, dass Spahn seit dem Corona-Ausbruch im Kreis Gütersloh deutlich auf Abstand zu Laschet und dessen Krisenkurs gegangen ist. Allemal zutreffend ist: Der Gesundheitsminister kann besser mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Chef Markus Söder, mit dem sich Laschet

Gesundheitsminister Jens Spahn gilt vielen Parteifreunden neuerdings als der geeignetste CDU-Vorsitzende. BILD: KAY NIETZELD/DPA



„Schienenpakt“: Bahn soll besser werden

Fahrplan steht

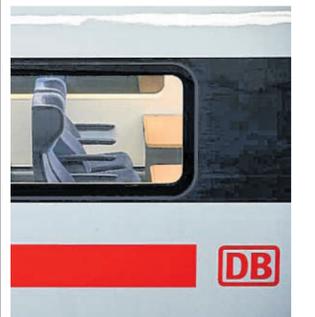
Berlin. Bahnkunden sollen künftig einfacher und schneller ans Ziel kommen, die Züge pünktlicher werden – und außerdem sollen mehr Güter von der Straße auf die Schiene geholt werden. Es sind große Ziele, die in einem „Schienenpakt“ von Politik und Wirtschaft genannt werden. Der Weg bis dahin aber ist noch lang.

Nach zweijähriger Arbeit unterzeichneten am Dienstag in Berlin im Bundesverkehrsministerium Politik, Gewerkschaften, Bahn-Unternehmen und Verbände den „Fahrplan“ für die Zukunft der Schiene. Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) sagte, die Schiene könne Verkehrsträger Nummer eins werden. Bis 2030 sollen doppelt so viele Menschen mit der klimafreundlicheren Bahn fahren als bisher.

Regionalverkehr anbinden

Zentrales Element des Pakts ist der Deutschlandtakt. Wer heute werktags oder am Wochenende mit dem ICE von Berlin nach Köln fahren will, hat dazu jede Stunde einmal die Gelegenheit – künftig soll jede halbe Stunde ein Zug fahren. Den Anfang macht bereits im Dezember die Parastrecke der Bahn von Berlin nach Hamburg – ein Jahr vor dem ursprünglichen Zeitplan. Die Anschlüsse zum Regionalverkehr sollen zudem besser aufeinander abgestimmt sein, um damit das Umsteigen zu erleichtern. Scheuer nannte den Deutschlandtakt eine „kleine Revolution“. Er soll nicht nur im Personenfernverkehr Verbesserungen bringen. „Es geht um bessere, schnellere und zuverlässigere Verkehrsangebote für Personen und Güter“, sagte auch der Präsident des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen, Ingo Wortmann.

Viele Fragen sind allerdings noch offen – und wie so oft geht es dabei ums Geld. „Das ist noch eine Blackbox“, sagte Klaus-Dieter Hommel, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), die ebenfalls an der Ausarbeitung beteiligt war. „Trotz erheblicher Mittel reicht das Geld nicht einmal dafür aus, die bestehende Infrastruktur nicht älter werden zu lassen“, sagte Hommel. *dpa*



Die Bahn soll Verkehrsmittel Nummer eins in Deutschland werden. BILD: DPA